

dem Ausgleich zwischen gesellschaftlichen Gruppen und der fairen Verteilung der Lebenschancen.⁹ Wirtschaftliche «Monokulturen» und «Machtmonopole» können die Loyalität zum Staatswesen erheblich stören. Negative Auswirkungen sind dann zu erwarten, wenn einerseits die Kluft zwischen gesellschaftlichen Gruppen im Verteilungsbereich und andererseits die Opfer, die «für andere» (z. B. für den Finanz- und den Industriestandort) gebracht werden müssen, von den dadurch Betroffenen als zu gross empfunden werden.

Loyalität zum Staat und die Identifikation eines grossen Teils der Bevölkerung mit dem Staat wird auch durch eine als fair empfundene, transparente Einkommens- und Vermögensverteilung verbessert oder erreicht. In dieselbe Richtung wirkt eine als adäquat empfundene Partizipationsmöglichkeit an den sozialen Errungenschaften im Zusammenhang mit Familie und Wohnraumschaffung, vor allem auch im Zusammenhang mit den Wechselfällen des Lebens, wie sie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfälle, Alter und Pflegebedürftigkeit mit sich bringen. Im Hinblick auf deren Nachhaltigkeit ist den Anreizen und Möglichkeiten des Zugangs sowie der Inanspruchnahme ebenso wie den Kosten und Wirkungen der Leistungserbringung grösstes Augenmerk zu schenken. Transparenz und Verantwortlichkeiten müssen klar festgelegt sein, aber auch Missbrauch oder Überförderung im Interesse der Steuerzahler verhindert werden. Eine wissenschaftsgestützte Herangehensweise erschiene hier sinnvoll.

Die Breite der Partizipation am Wohlstand und an den Einrichtungen der sozialen Sicherheit, ihr Zugang und die Art ihrer Erbringung sind somit wesentliche Determinanten von Loyalität und Identifikation mit dem Staat. Sie weisen aber auch auf einen Kern von selbst im Kleinststaat zu bewahrender Souveränität hin. Das heisst nicht, dass der Kleinststaat alle diese Staatsleistungen selbst erstellen müsste. Wiederholt wird er sich auf die Rolle des Bestellers dieser Leistungen im Wege des Outsourcings bei den Nachbarn oder bei kommerziellen Anbietern zurückziehen müssen. Dies setzt, soll der Weg nachhaltig sein, eine faire Kostenteilung und Mitsprache und dementsprechend langfristige Abmachungen und Verträge mit den Erbringern voraus.

⁹ Vgl. Georg Kohler, Was heisst Souveränität?, in: Katja Gentinetta und Georg Kohler (Hg), Souveränität im Härtesten, Avenir Suisse, Verlag NZZ, 2010, S. 35.